

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Dieter Janecek, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/2880 –**

**Den digitalen Wandel politisch gestalten – Handlungsempfehlungen der
Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ umsetzen**

A. Problem

Forderung nach einer Berücksichtigung der von der Enquete-Kommission „Internet und digitale Entwicklung“ im Laufe der rund dreijährigen Arbeit interfraktionell erarbeiteten konkreten Handlungsempfehlungen bei der Weiterentwicklung der „Digitalen Agenda“.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/2880 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Klaus Barthel
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Klaus Barthel

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/2880** wurde in der 60. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss für Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt in ihrem Antrag dar, dass sich der Deutsche Bundestag seit Jahren intensiv mit netzpolitischen Fragestellungen und der Bedeutung des digitalen Wandels für die Gesellschaft befasse. In der 17. Wahlperiode sei die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ mit dem Ziel eingerichtet worden, konkrete Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber zu erarbeiten. Der 18. Deutsche Bundestag habe sodann die Einsetzung des Ausschusses „Digitale Agenda“ beschlossen. Im entsprechenden Einsetzungsbeschluss heiße es, dass der Ausschuss (auch) auf eine Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hinwirken solle. Am 20. August 2014 habe die Bundesregierung die „Digitale Agenda 2014-2017“ vorgestellt. Der gleichnamige Ausschuss des Deutschen Bundestages sei bei deren Erarbeitung aus nicht nachvollziehbaren Gründen nicht beteiligt worden. Eine inhaltliche Diskussion sei deshalb während der Erarbeitungsphase nicht möglich gewesen. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung in ihrem Antrag unter anderem auf, die im Zuge der rund dreijährigen Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ interfraktionell erarbeiteten und verabschiedeten Handlungsempfehlungen bei der Weiterentwicklung der „Digitalen Agenda“ zu berücksichtigen. Weiterhin solle die Bundesregierung darlegen, welche in der Agenda bisher genannten konkreten Vorhaben und Initiativen wann umgesetzt und wie finanziert werden sollen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 18/2880 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 29. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 32. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 22. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 21. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 21. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 18. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 19. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 19. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 22. Sitzung am 12. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/2880 in seiner 22. Sitzung am 12. November 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass der Deutsche Bundestag dem Thema Netzpolitik bereits seit Jahren eine besondere Bedeutung beimesse. Nachdem zunächst der Unterausschuss „Neue Medien“ des Ausschusses für Kultur und Medien eingerichtet worden sei, sei in der 17. Wahlperiode eine Enquete-Kommission zu dem Thema eingesetzt worden. Mit dem Ausschuss „Digitale Agenda“ habe der Deutsche Bundestag in der 18. Legislaturperiode zum ersten Mal ein ständiges parlamentarisches Gremium, das sich den aktuellen netzpolitischen Themen widme. Die im August 2014 vorgestellte Digitale Agenda gebe die Leitlinien der Digitalpolitik der Bundesregierung vor und bündle Maßnahmen auf sieben zentralen und konkret benannten Handlungsfeldern.

Die **Fraktion der SPD** verwies darauf, dass die Digitale Agenda von der Bundesregierung weiter fortgeschrieben werde. Die von der Enquete-Kommission geleistete Arbeit sei beachtlich und fließe in diesen Prozess ein. In der Digitalen Agenda seien konkrete Initiativen der beteiligten Ressorts benannt worden. Zudem seien mit dem Nationalen IT-Gipfel und dem Steuerungskreis "Digitale Agenda" geeignete Plattformen geschaffen worden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützte den Antrag. Es sei wiederholt deutlich geworden, dass innerhalb der Bundesregierung beim Thema Netzpolitik ein Zuständigkeits- und Kompetenzchaos herrsche. Dies behindere die Fortentwicklung und Umsetzung der Digitalen Agenda. Sie bemängelte, dass der Ausschuss „Digitale Agenda“ nicht öffentlich tage.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, dass die in der 17. Wahlperiode eingesetzte Enquete-Kommission fraktionsübergreifend hervorragende Handlungsempfehlungen erarbeitet habe. Es sei nicht nachvollziehbar, warum diese bei der Erstellung der Digitalen Agenda der Bundesregierung nur unzureichend berücksichtigt worden seien. Sie bemängelte zudem, dass die in der Digitalen Agenda aufgeführten Handlungsfelder nicht im gebotenen Maße finanziell unterlegt worden seien. Auch fehle es an klar definierten Schritten zur Umsetzung der Agenda.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/2880 zu empfehlen.

Berlin, den 12. November 2014

Klaus Barthel
Berichterstatter